

**Politische Bildung
in der
Berliner Schule**

V BE
-10(2002)

Georg-Eckert-Institut BS78



1 060 612 2

**Politische Bildung
in der
Berliner Schule**

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

2006/1578

Herausgeber: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
10117 Berlin, Beuthstraße 6-8, Telefon: 90 26 -7

Druck: Offsetdruckerei G. Weinert GmbH
12099 Berlin, Saalburgstraße 3, Telefon 600 862-0

Berlin: 2002

Z-VBE
S-10 (2002)

Politische Bildung

1. Gesellschaftlicher Wandel und Aufgaben der Politischen Bildung

In einer Gesellschaft, die sich in weitreichendem Wandel befindet, sind Fragen, wie politische Macht begrenzt und staatliche Gewalten funktional getrennt, Grundrechte garantiert, Mitsprache und Mitbestimmung aller Bürger/-innen ermöglicht werden können, nicht abschließend beantwortet und beantwortbar. Freiheit und Demokratie sind niemals selbstverständlich und allzeit gesichert. Politische Bildung muss daher unabhängig von aktuellen Krisenerscheinungen einen festen Platz in der schulischen Erziehung haben.

Die Zukunft der Demokratie hängt von der Bereitschaft und Fähigkeit der Bürger/-innen ab, sich auf neue Problemlagen einzustellen, im Widerstreit von Meinungen und Interessen Lösungswege zu finden und all denjenigen entgegenzutreten, die auf Gewalt bauen und alte wie auch neue antidemokratische Ideologie propagieren.

Zu Beginn des Jahrhunderts ändern neue Technologien, globale Wirtschafts- und Kommunikationsformen unsere Lebensweisen tiefgreifend. Wesentliche Merkmale des Wandels, auf den Politische Bildung reagieren muss, zeigen sich wie folgt:

- Inter- und transnationale Institutionen und Vereinbarungen überlagern zunehmend klassische nationale Regierungsfunktionen. Die Europäische Union entwickelt sich zu einer transnationalen Regierung, an die die einzelnen Mitglieder Souveränitätsrechte abtreten.
- Mit der Internationalisierung der Politik in Folge wirtschaftlicher Globalisierung werden Befürchtungen verbunden über eine Entwertung oder eine Infragestellung bisher als wesentlich und selbstverständlich vorausgesetzter Existenzbedingungen der Demokratie, wie z.B. deren Stabilisierung und Entfaltung in einem staatlich fixierten territorialen, gemeinschaftsbildenden und prägenden Rahmen. Neue Legitimationsstrategien wie z.B. Interkulturalität sind noch nicht hinreichend anerkannt, notwendige Qualifikationen für internationale Verkehrsformen (Sprachenkenntnisse z.B.) sind nicht hinlänglich ausgebildet.
- Politik reicht über die „Sphäre des Staatlichen“ hinaus und bezieht nicht allein die traditionellen organisierten Interessengruppen, sondern Akteure der „zivilen Gesellschaft“ in ihre Entscheidungen ein. Legitimierte Inhaber politischer und administrativer Ämter repräsentativer Demokratie handeln mit anderen gesellschaftlichen Akteuren verbindliche Regelungen aus und beteiligen diese an der Ausführung. Häufig entstehen dabei neue Institutionen wie „Bündnisse“, „Räte“ und „Kommissionen“ von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und organisierter Interessen.

- Die repräsentative Demokratie hat sich zur „Mediendemokratie“ entwickelt. Politik ist das, was in den Medien als Politik erscheint und vermittelt wird. Die mediale Inszenierung von Politik steht zunehmend für die Wirklichkeit der Politik. Was in dieser Inszenierung nicht vorkommt, existiert politisch kaum, und was vorkommt, existiert in dieser inszenierten Form.
- Im Gefolge von innergesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen haben traditionelle soziale Kontexte und Milieus an Bindungsfähigkeit und sozialer Prägestärke verloren. Dies führt einerseits zu einem stärkeren Rückzug ins Private, andererseits zu neuen Formen politischen Engagements außerhalb der etablierten und traditionellen Organisationen.
- Die Unübersichtlichkeit politischer Prozesse ist mittlerweile so groß geworden, dass sie immer weniger verstanden werden. Die Folgen davon sind wachsende Distanz des Bürgers zur Demokratie, schwindende Bindungen, Entsolidarisierung, Reduzierung des Sorgehorizonts auf die persönliche Betroffenheit, reduzierter Wirklichkeitssinn, geringes Urteilsvermögen.

Auch sind Grenzen der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Politik sichtbar geworden. Viele Menschen, vor allem Jugendliche, zeigen sich an Politik wenig interessiert. Sie beteiligen sich nicht an Wahlen und Abstimmungen und sind über die aktuellen Problemlagen der Politik kaum informiert. Ihre Urteilsstandards entsprechen nicht der Komplexität und Kompliziertheit der politischen Angelegenheiten. Autoritäre Scheinlösungen können an Attraktivität gewinnen.

Aufgabe Politischer Bildung ist es, in dieser Situation den Einzelnen stärker an Demokratie, ihre Werte und die damit verknüpften Verantwortlichkeiten heranzuführen.

Die zentrale Aufgabe Politischer Bildung in der Schule besteht darin, junge Menschen zu befähigen, ihre Verantwortung als Bürger/-innen in der Demokratie anzunehmen. Politische Bildung sollte sich dazu weder an einem enthusiastisch-idealistischen noch an einem gesellschaftskritisch-aktivistischen Bürgerbild orientieren. Bei beiden besteht die Gefahr, dass Politische Bildung ihre Bodenhaftung verliert. Realistischere Bürgerbilder, aus denen sich Ziele der Politischen Bildung entwickeln lassen, sind neben dem informierten und urteilsfähigen Zuschauer der interventionsfähige Bürger und der Aktivbürger. Der Unterricht in Politischer Bildung soll Angebote machen, die die Wahrnehmung dieser Bürgerrollen stärken.

Um diese unterschiedlichen Bürgerrollen erfolgreich wahrnehmen zu können, bedarf es einer spezifischen Verknüpfung von Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz.

Zur Sachkompetenz gehört vor allem Wissen über die Funktionsvoraussetzungen und -bedingungen der Demokratie, denn Demokratie kann ihre Überlebensfähigkeit nur bewahren, wenn sie von weiten Teilen der Bevölkerung verstanden wird. Wissen bedeutet jedoch mehr als die Kenntnis von Fakten. Dazu gehören auch Verstehen, also die Fähigkeit zur kognitiven Orientierung in Politik und Gesellschaft, die bewusste Akzeptanz der Verfassung und der Grundrechte, das Interesse an öffentlichen Aufgaben und die Sensibilität für gesellschaftlich-politische Probleme in den verschiedenen Politikfeldern.

Verständnis von Politik und Einsichten in politische Zusammenhänge müssen durch politische Urteilsfähigkeit ergänzt werden, Bürger/-innen sollten fähig sein, politische Programme und Leistungen, Probleme, Entscheidungen oder auch Amtsinhaber an eigenen begründeten, wertbezogenen und rationalen Maßstäben und an den Normen und Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Gemeinwesens zu messen und zu beurteilen.

Methodenkompetenz meint die Fähigkeit, sich mit Hilfe von analytischen Kategorien politische Sachverhalte zu erschließen. Da in modernen Demokratien dem Einzelnen Politik im Wesentlichen als „medienvermittelt“ begegnet, gehört dazu auch das Vermögen, sich selbstständig und gezielt über Massenmedien und/oder neue Medien Informationen zu beschaffen, sie auszuwählen und kritisch zu verarbeiten. Darüber hinaus bedeutet Methodenkompetenz, über die notwendigen Qualifikationen zu verfügen, um auf verschiedenen politischen Handlungsfeldern agieren und an der politischen Öffentlichkeit teilnehmen zu können.

Sozial- und Selbstkompetenz sind eng miteinander verknüpft. Sozialkompetenz wird in unterschiedlichen sozialen Situationen erworben. Sie ist Teil der Selbstkompetenz. Diese beschreibt die Gesamtheit der verhaltensrelevanten Persönlichkeitsmerkmale, die sich in sozialen Situationen äußert, z.B. sich selbst Ziele und Aufgaben zu setzen, Verantwortung zu übernehmen, Werte zu vertreten, nicht einem Gruppenzwang zu unterliegen etc.

Hier vor allem kommt die wertbildende Funktion Politischer Bildung zur Geltung, indem Schülerinnen und Schülern Werte nicht nur als intellektuelles Instrumentarium zur Verfügung stehen, sondern Werte sich in Einstellungen und Verhaltensweisen niederschlagen. Im Einzelnen enthält dies Eigenschaften wie: Loyalität als Bereitschaft, Verantwortung für die Gemeinschaft der Bürger/-innen zu übernehmen; Mut im Sinne von Zivilcourage und als Bereitschaft, das Gemeinwesen gegen Bedrohungen zu verteidigen; ferner freiwilliger Rechtsge-

horsam, Kooperationsbereitschaft, Fairness und Toleranz sowie Gerechtigkeits-sinn und Solidarität.

Die Stärkung von Sozial- und Selbstkompetenz ist Aufgabe von Schule insgesamt und allen Fächern, der Unterricht in Politik/Sozialkunde aber hat hier eine besondere Verantwortung (s. hierzu 2.2).

2. Der Beitrag der Schule zur Politischen Bildung

Schule sieht sich bei der Vermittlung Politischer Bildung in einem Geflecht von Erfahrungs- und Einflussfaktoren, deren Wirksamkeit im Einzelnen nur schwer erfassbar ist. Wenn auch vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten von Schule als einem Lernort einerseits begrenzt sind, so ist Schule jedoch andererseits die einzige Institution in unserer Gesellschaft, die alle Heranwachsenden ausnahmslos erreicht, zumal in einer Lebensphase, in der sich Wertorientierungen verfestigen. Aus diesen Gegebenheiten erwächst die Chance für eine nachhaltige Politische Bildung in der Schule.

Schule wirkt bei der Vermittlung bzw. dem Erwerb von Politischer Bildung und Kompetenz in mehrfacher Weise, nämlich

- durch die Unterrichtsfächer Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften
und
- durch die Beiträge anderer Fächer
sowie
- durch bestehende demokratische Schulkultur.

2.1 Die Fächer

Schüler/-innen sollen unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Entwicklungsstandes befähigt werden, gesellschaftliche, politische, rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erarbeiten und zu analysieren, damit einhergehende Streitfragen zu erkennen und zu beurteilen sowie Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Im Zentrum der Politischen Bildung in der Schule stehen die Fächer Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften. Gegenstand des Faches sind Wertorientierungen, Regeln, Handlungsweisen, Beziehungen und Institutionen, mit denen Menschen ihr Zusammenleben gestalten und innerwie zwischengesellschaftliche Konflikte über Werte und materielle Güter austragen, um zu verbindlichen Lösungen zu gelangen.

Es geht um Teilhabe an der Gesellschaft, um die Fähigkeit zu Kompromiss, Kooperation und zu konstruktiver Konfliktaustragung sowie darum, die Bereitschaft zu wecken und zu fördern, sich aktiv an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft zu beteiligen.

Weiter gilt es, soziale und emotionale Kompetenz anzubahnen und zu unterstützen, namentlich um die Fähigkeit und die Bereitschaft, für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte, für kulturelle Vielfalt und eine nachhaltige Entwicklung einzutreten und sich deren Bedrohungen zu widersetzen.

Angesichts des Umstandes, dass Politische Bildung mit Lerninhalten aus praktisch allen Schulfächern verbunden ist oder verbunden sein kann, kommt den Fächern Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften zudem eine Integrationsfunktion zu.

2.2 Zum Beitrag der anderen Unterrichtsfächer

Über den Fächern Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften hinaus leisten - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß - Lerninhalte aller Fächer Beiträge zur Politischen Bildung. Hierzu seien einige exemplarische Hinweise gemacht:

Das Fach Deutsch stellt durch die generelle Sprachförderung, insbesondere aber durch das Erlernen von argumentativen Kompetenzen und von Methoden der verbalen Auseinandersetzung eine grundlegende Qualifikation für den demokratischen Prozess und die Gestaltung sozialer Beziehungen bereit. Weiter lassen sich im Literaturunterricht vielfältige direkte und indirekte politische und sozialkundliche Sachverhalte und Bezüge erarbeiten.

Dies gilt auch für den Musik- und den Kunstunterricht, in denen die künstlerische Produktion als Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ebenso zu thematisieren ist wie als Mittel politischer Propaganda.

Im Fach Geschichte sollten wesentliche Unterrichtsgegenstände die Herausbildung der Ideen der Demokratie und der Menschenrechte in der Menschheitsentwicklung im Allgemeinen und die Traditionen demokratischer Kultur in Deutschland im Besonderen sein. Ebenso lassen sich die Gefährdungen für eine demokratische Gesellschaft in historischen Zusammenhängen besonders sinnfällig behandeln.

Der Fremdsprachenunterricht leistet einen Beitrag zur Politischen Bildung durch die Behandlung landeskundlicher Themen und die Thematisierung zwischengesellschaftlicher Beziehungen.

Das Fach Erdkunde leitet seine politischen Bezüge aus Themen der Anthropogeographie, insbesondere der Sozial- und Wirtschaftsgeographie ab. Im Geschichts-, Fremdsprachen- wie auch im Erdkundeunterricht haben namentlich die Thematik der europäischen Einigungsideen und Globalisierung sowie der mit ihnen verknüpften Politik ihren Ort.

Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern wird eine Vielzahl von Fragen berührt, die in den politischen Raum hineinwirken bzw. Gegenstände von politischen Kontroversen sind, wobei die Frage der Verantwortung der Naturwissenschaftler angesichts eines möglichen Missbrauchs ihrer Erkenntnisse durch politische oder ökonomische Interessen von zentraler Bedeutung ist.

2.3 Schulkultur

Schulen brauchen ein Klima, in dem das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft geübt und entwickelt wird. Die Interaktion der Verantwortlichen in der Schule hat Vorbildfunktion für das Sozialverhalten der Schüler/-innen. Die in einer Schule vorherrschenden Formen des Lernens und des Zusammenlebens werden in besonderer Weise durch die Lehrkräfte bestimmt. Lehrer/-innen leben daher emphatische, soziale und demokratische Verhaltensweisen im Unterricht und im außerunterrichtlichen Umgang vor. Schüler/-innen sowie Eltern wissen in Lehrerinnen und Lehrern engagierte und kompetente Gesprächspartner zu finden. Lehren und Lernen beruht nicht zuletzt auf gegenseitiger Anerkennung.

In der schulpädagogischen Arbeit haben der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten einerseits und die Aneignung von Selbst- und Sozialkompetenz andererseits die gleiche Bedeutung. Namentlich konstruktive Formen der Konfliktbearbeitung und der Gewaltprävention werden entwickelt und eingeübt. Der Umgang aller in der Schule zusammentreffenden Menschen ist von gegenseitiger Achtung, Höflichkeit und Respekt geprägt. Keine Form von Diskriminierung wird geduldet. Hilfsbereitschaft und Zivilcourage werden unterstützt.

Die Schule bietet ihren Schülerinnen und Schülern sowohl im Unterricht als auch im Schulleben Handlungs- und Gestaltungsräume. Vor dem Hintergrund der sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind Kommunikations-, Kooperations- und Partizipationsstrukturen weitgehend ausgeprägt. Die Schule regt Schüler/-innen zu außerschulischem gesellschaftlichem und politischem

Engagement an und fördert dies. Schulen verstehen sich als Bestandteil eines Stadtraumes. Sie suchen Kooperationen mit außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie mit Menschen aus Politik und gesellschaftlich engagierten Organisationen. Eltern werden in die Aktivitäten einbezogen.

3. Inhalte der Fächer Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften

Der Unterricht soll Denkanregungen geben, Wissensbestände anlegen, die demokratische Willensbildung fördern und Jugendlichen zu Meinungsbildung, Urteilsfähigkeit sowie zu eigenen Überzeugungen verhelfen, diese aber nicht vorschreiben.

Als Gegenstände des Unterrichts in Sozialkunde ab der Klasse 5 einschließlich der berufsbildenden Schule, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften müssen die folgenden Themenkomplexe berücksichtigt werden, die durch Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule ausgefüllt werden und durch die Berücksichtigung aktueller Entwicklungen angereichert werden müssen:

- Menschenrechte und Grundrechte,
- Politisches System der Bundesrepublik Deutschland; Deutsch-deutsche Vergangenheit und Gegenwart; politische Willensbildung in Parteien, Parlamenten, Interessengruppen; Grundgesetz und Staatsorgane, der Rechtsstaat und seine Institutionen sowie der Sozialstaat; Beteiligung an Entscheidungen im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Union (Europäische Union und europäische Region; Bund; Land; Berlin-Brandenburg; Berliner Bezirke),
- Rechtsordnung, Bundesverfassungsgericht; Gerichte, Rechtsprechung,
- Wirtschafts- und Sozialordnung; Wirtschaftspolitik, Globalisierung; Ökologie,
- Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik,
- internationale Politik und Friedenssicherung sowie ihre Institutionen und Bündnisse,
- Gestaltung sozialer Beziehungen; sozialer Wandel und Werteorientierung; Demokratie in der Schule, Formen der Konfliktbewältigung, Kinder- und Jugendfragen; Geschlechterverhältnis, interkulturelle Bildung, Minderheiten,
- Stellung und Funktion der Medien in einer offenen Gesellschaft, Medienerziehung;
- „Berufsorientierung“, wenn es hierfür wie am Gymnasium kein eigenes Fach gibt.

Es muss eine Ergänzung dieser Inhalte um Fragen und Inhalte des Werte vermittelnden Unterrichts in Abstimmung und in Abgrenzung zum Unterricht in Ethik/Philosophie (in den Klassen 7 bis 10) und im Philosophieunterricht (gymnasiale Oberstufe) sowie im Unterricht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (alle Klassenstufen) erfolgen, da es kein staatliches Unterrichtsfach mit dem genuinen Anspruch auf Wertevermittlung in der Berliner Schule gibt.

Der Kompetenzerwerb muss in das Lernen von Inhalten fachlicher Lehr- und Lerneinheiten integriert werden. Inhalte und Methoden sind daher eng aufeinander bezogen.

4. Methoden, Fähigkeiten, Fertigkeiten

Der Unterricht in Politischer Bildung arbeitet wie die anderen Unterrichtsfächer auch mit einer Vielzahl unterschiedlicher schriftlicher Darstellungsformen wie Sachberichten, subjektiven Meinungsäußerungen, Zeugenaussagen usw. Hinzu kommen typische Darstellungsweisen und Grunddokumente der Sozialwissenschaften wie Statistiken, Gesetzestexte usw. Eine wichtige Rolle nehmen die Medien wie Zeitung, Fernsehen und das Internet ein.

Zu den grundlegenden methodischen Fertigkeiten zählt, die Quellengattungen unterscheiden sowie Darstellungsweisen und Textsorten unterschiedlicher Herkunft interpretieren zu können. Dazu gehört, die wichtigsten Inhalte bestimmen und mit ihnen in den entsprechenden Sachfeldern arbeiten zu können. Allerdings gilt es nicht nur Informationen aufzunehmen und zu beurteilen, sondern auch sich Informationen selbstständig zu erwerben.

Da Politische Bildung darauf zielt, die Jugendlichen in sozialen Zusammenhängen entscheidungsfähig zu machen, können die Unterrichtsmethoden aber nicht darauf beschränkt bleiben, Medien zu interpretieren oder Informationen, Stellungnahmen etc. zusammenzustellen. Die Jugendlichen sollen selbst in Entscheidungssituationen – reale oder simulierte - gestellt oder zumindest mit ihnen konfrontiert werden. Es sollen nicht nur reproduzierbare Sachkenntnisse erworben und die Fähigkeit zu begründeten Stellungnahmen im politischen Bereich angelegt, sondern auch konkrete Verhaltensweisen, Gesprächstechniken und Rollenverhalten eingeübt werden. Das setzt handlungsorientierte Methoden voraus, die über die interpretatorische Beschäftigung mit Texten und anderen Medien hinausgehen. Sie streben an, die Schüler/-innen selbst produktiv werden zu lassen oder sie zumindest an die Orte zu führen, an denen politische Ent-

scheidungen gefällt werden und sie mit politischen Entscheidungsträgern zusammenzuführen.

Von besonderer Wichtigkeit ist es dabei, Wertentscheidungen zu erkennen, zu diskutieren und zu eigenen Werthaltungen zu gelangen und diese auch gegenüber anderen begründen zu können.

Auf die einzelnen Inhaltsbereiche bezogen soll folgenden Fähigkeiten und Unterrichtsmethoden besonderes Gewicht zukommen:

Menschenrechte:

Menschenrechte sollten nicht nur am negativen Beispiel – dort, wo sie nicht erfüllt oder anerkannt werden – behandelt werden. Die Schüler/-innen sollten sich auch bewusst werden, wieweit sie selbst bereits Menschen- und Grundrechte genießen bzw. in Anspruch nehmen.

Zwar ist es richtig, Selbstbewusstsein zu fördern und die Jugendlichen anzuregen, eigene Rechte gegebenenfalls auch einzuklagen. Das darf aber nicht dazu führen, die Rechte anderer zu negieren. Das trifft insbesondere für die Rechte von Menschen zu, die aus anderen Regionen und Kulturen kommen.

Interkulturalität gilt als wichtige Schlüsselqualifikation, den Unterrichtsfächern Sozialkunde, Weltkunde, Politische Weltkunde, Sozialwissenschaften kommt neben den Fremdsprachen eine Scharnierfunktion zu.

Gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung der Interkulturalität sollten gefördert werden, wie z.B. Begegnungen, Klassenfahrten und Aufenthalte in Schullandheimen. Denn durch gemeinsame Erfahrungen, Perspektivübernahme, Einübung in friedliche Formen der Konfliktbearbeitung können ethisch-kulturelle Konflikte und Differenzen besser ausgehalten und der Umgang mit konträren Positionen eingeübt werden. Die Zusammenarbeit mit Eltern ist ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche interkulturelle Erziehung in der Schule. Besondere Anstrengungen sind oft nötig, Eltern ausländischer Kinder in die Elternarbeit einzubeziehen. Auf Elternabenden und Seminaren sollte mit Eltern und Schülern über die multikulturelle Zusammensetzung einer Klasse gesprochen und ggf. auch den Eltern Bildungsangebote gemacht werden. Hierbei ist auch an die Öffnung der Schule am Nachmittag und Abend z.B. für muttersprachlichen Unterricht oder Deutsch als Zweitsprache zu denken. Organisatorische Hilfestellung sollte für außerschulische Initiativ- und Selbsthilfegruppen geleistet werden.

Politische Willensbildung:

Zwar können Schüler/-innen nur in begrenztem Rahmen, vor allem in der Schule selbst und auf kommunaler Ebene, politische Verantwortung wahrnehmen, doch können hier bereits praktische Erfahrungen gemacht werden, die über die theoretische Einführung in das politische System hinausgehen. Kinder und Jugendliche können Demokratie innerhalb einer demokratischen Schulkultur

selbst erleben. Hierzu gehören Schülerversammlung und Schülervertretung gem. SchulVerfG (s. auch Entwurf für ein neues Schulgesetz für Berlin). Bestehende Mitsprachemöglichkeiten in der Schulgemeinde sollten erweitert bzw. intensiver genutzt werden, z.B. im Rahmen von Streitschlichterprogrammen, der Mitwirkung bei Unterrichtsprojekten, von Schülerclubs, durch aktive und gemeinsame Gestaltung des Schulgebäudes und der Schulumgebung (Schülerkiosk/Schulcafé) einschließlich einer verbindlichen gemeinsamen Auswertung (Schuljahrbuch), Training für Schülervertretung durch „Planspiel Schulkonferenz“, Klassen- und Schulmitarbeit in Partizipationsprojekten im Sinne von leadership training. Denkbar sind auch konkrete Abmachungen zwischen Schule und Bezirk (z.B. bei der Schulweggestaltung, Einrichtung von Spielplätzen, Drogenberatung).

Besuche von Parlamenten, Befragung von Politikern, Simulation von parlamentarischen Entscheidungen, die Verteidigung von Interessenstandpunkten in selbst oder von Dritten moderierten Debattierclubs können Schülern politische Entscheidungswege näher bringen.

Rechtsordnung:

Besuch von Gerichtsverhandlungen, Diskussion mit Richtern, Staats- und Rechtsanwälten sind wesentliche Elemente zum Kennenlernen von Rechtsordnung und Rechtsprechung. Bereits im geltenden Rahmenplan Sozialkunde für die Klassen 7 bis 10 ist der Besuch einer Gerichtsverhandlung verpflichtend bzw. der Vortrag eines Juristen verankert.

Wirtschaft:

Der Unterricht kann Hilfestellungen geben zur Vorbereitung der Berufsfindung und des Ausbildungsweges. In Schülerfirmen werden unmittelbar Erfahrungen gesammelt. Direkter Kontakt mit der Arbeitswelt sollte z.B. durch Betriebsbesichtigungen und Betriebspraktika in Zusammenarbeit mit dem Fach Arbeitslehre sowie in Diskussionen mit Personal- und Betriebsräten gesucht werden.

Gestaltung sozialer Beziehungen:

Am Anfang sollten Grundregeln des Zusammenlebens in der Schule und des Umgangs miteinander im Klassenverband stehen. Die Schüler/-innen sollen mit und ohne Aufsicht lernen, vorgegebene Fragen zu diskutieren, unterschiedliche Haltungen einzunehmen und zu Lösungsvorschlägen zu gelangen. Rollen- und Planspiele, Gesprächsführung und Gruppenmoderation, Mediationsverfahren (Einübung friedlicher Konfliktlösungsstrategien), Methoden der Partner- und Teamarbeit, Planungs- und Evaluationsverfahren, Zukunftswerkstätten, Runde Tische usw. haben hier je nach Altersgruppe ihren Platz.

Interviewtechniken helfen die Bedürfnisse anderer zu erfragen und in Beziehung zu den eigenen zu setzen. Dabei kann insbesondere auf Unterschiede zwischen Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern eingegangen werden.

Die Entwicklung von Demokratiefähigkeit beginnt mit der Veränderung der Lernkultur. Schüleraktive Methoden und anwendungsorientiertes Lernen erhalten einen hohen Stellenwert. Folgende Methoden sollten daher besonders zur Geltung kommen:

Recherchen mit Hilfe der neuen Medien, Diskussionsübungen in Gruppen und im Plenum (Einüben in debating), weitgehend selbstbestimmte und selbststrukturierte Diskussionen mit Impulsen, Vorgaben und Hilfen des Lehrers oder Dritter (Moderatoren), Übernahme von Funktionen (Tutor, Teamer, Pate im Sinne der peer education).

Medienbildung und Politik:

Medien wie Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen sollten nicht nur passiv betrachtet und interpretiert werden. Nicht zuletzt Computer und Internet geben die Möglichkeit, eigene Texte und Features mit bewegten Sequenzen usw. selbst zu produzieren, miteinander auszutauschen und zu vervollkommen. Berlin ist eine Medienstadt, so dass die Erstellung und Auswahl von Nachrichten und Berichten vor Ort beobachtet und mit denjenigen diskutiert werden können, die durch die Medien zur Meinungsbildung beitragen. Schüler/-innen können Features für lokale Medien vorbereiten.

Der Einsatz neuer Medien bereichert das Lehr- und Lernangebot, unterstützt Lehrmethoden mit größerer Eigenständigkeit und legt Kooperation zwischen den Schülern nahe. Er ist zudem produktorientiert. Schüler/-innen können selbst etwas vorweisen und die Qualität ihres Produktes im Vergleich kritisch beurteilen lernen. Lehrer sind beim Einsatz der neuen Medien kaum mehr Vermittler/-innen von Informationen, sondern bieten Orientierungen an, wie aus der Fülle des Angebots Informationen ausgewählt, miteinander in Beziehung gesetzt und bewertet werden. Durch die Entwicklung einer interaktiven Schulmedienbank zur Politischen Bildung kann einer Informationsüberflutung entgegengewirkt werden.

5. Studentafel, Leistungsbeurteilung

Neue Formen von Leistungsbeobachtung, Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung sollen erprobt werden, um Leistungen im sozialen Lernen bewerten zu können. Hierzu gehören u.a. Pensenbücher, die die zu erwerbenden Leistungsprofile differenzieren und die erworbenen Grundlagen einschätzen, Portfolios, in denen die Schüler/-innen ihre subjektiv bedeutsamen Leistungsdokumente sammeln, Diplome/Credits, die die Schüler/-innen als Bestätigung erwerben können, verschiedene Präsentationsformen von individuellen Leistungen und Engagement in Unterrichtsprojekten sowie außerschulischen Aktivitäten.

6. Politik-Netzwerk (institutionalisierte Kooperationsformen)

Nach übereinstimmender Meinung von Experten liegen die Ursachen für abnehmendes Vertrauen in die Politik und in demokratische Prozesse auch in der schlechten Realisierung anspruchsvoller Lernziele der Politischen Bildung. Wer eine nachhaltige Stärkung der Politischen Bildung in der Schule fordert, muss die Begrenzung auf den Fach- und den Vormittagsunterricht und den begrenzten zeitlichen Stundenrahmen für den Bereich Politische Bildung berücksichtigen.

Unverzichtbar als Bezugspunkt schulischer Erziehung und Unterweisung ist deshalb das schulübergreifende Zusammenwirken von Familie, Peer Group, Sportvereinen, Kinder- und Jugendgruppen in freien Trägern und Kirchen, Medien und Öffentlichkeit. Der Politikunterricht muss fest verknüpft werden mit Unterricht außerhalb des Klassenraumes; hierzu bieten sich an: die Einbindung zivilgesellschaftlicher Netzwerke, Kooperation und Vernetzung von Unterrichtspraxis und Jugendhilfe; Zusammenwirken mit Interessengruppen, Bürgerinitiativen und Parteien. Hierüber sind Zielvereinbarungen mit Dritten abzuschließen.

Die Vereinzelung der Fachlehrer/-innen an den Schulen muss durchbrochen werden. Die Funktion der Lehrkräfte für Politik/Sozialkunde in der Schulorganisation sollte gestärkt werden, in dem sie den Auftrag erhalten, eine verbindliche Vernetzung von Vormittags- und freiwilligem Nachmittagsbetrieb gemeinsam mit der Schulleitung zu organisieren. Hier geht es nicht nur um Unterricht und Erziehung, sondern um lebensweltliche Schülerberatung (Einzelfallhilfe), Gesprächs- und Kontaktangebote für Schülergruppen, Lehrer/-innen, Schulleitung und Eltern sowie Netzwerkarbeit im Kiez/Stadtteil, Bezirk, Jugendclub/Jugendheim/Jugendbildungsstätte.

Ein Schlüssel für eine erfolgreiche Politische Bildungsarbeit liegt in der Förderung von außercurricularen Aktivitäten in der Schule wie z.B. Sportveranstaltungen, Theater, soziale und zivilgesellschaftliche Projekte, Mitarbeit in Menschenrechts- und Umweltgruppen, um eine nicht-schulleistungsbezogene Anerkennung insbesondere sog. schwächerer Schüler/-innen zu eröffnen. Auch hier ist die Schule allein überfordert und sollte die Mithilfe außerschulischer Einrichtungen an der Politischen Bildung verstetigen.

Zu Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit der Jugendlichen trägt zwar auch schlechter Politikunterricht bei, jedoch haben sie ihre Ursache vor allem in Funktionsschwächen der Politik selbst. Hier werden insbesondere neben aktuellen Fehlhandlungen einzelner Politiker und politischen Skandalen die geringen Einflussmöglichkeiten von Jugendlichen und Kindern auf die Politik und eine

Vernachlässigung ihrer berechtigten Interessen genannt (Partizipationsdefizite). Einsicht in politische Zusammenhänge in der parlamentarischen Demokratie, Grunderfahrungen mit demokratischen Verfahren, Einstellungen und Institutionen können wirkungsvoll nur durch Annäherung von Politik und Bürgern erreicht werden. Besuche von Abgeordneten in Schulen sollen selbstverständlicher Bestandteil der Politischen Bildung in Unterricht und Erziehung sein und Bindungen zwischen den Schulen und ihren Abgeordneten beidseitig fördern.

Berlin bietet ein umfangreiches Angebot außerschulischer Lernorte im Rahmen der Politischen Bildung. Traditionell befindet sich in Berlin eine Vielzahl an Gedenkstätten und Museen, deren Besuch den Unterricht bereichert. Bewährt haben sich darüber hinaus die Angebote des Berliner Landesparlaments. Ebenso haben das Entwicklungspolitische Informationszentrum (EPIZ) und der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) sowie als wichtige Einrichtungen mit zeithistorischen Bezügen das Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten, der Gedenkstätte Hohenschönhausen oder der Angebote des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ihren festen Platz im Politischen Bildungsangebot Berlins. Durch den Ausbau Berlins als Bundeshauptstadt hat sich das Informationsangebot vor Ort deutlich erhöht. Der Deutsche Bundestag ebenso wie der Bundesrat bieten über Besucherdienste die Möglichkeit, Einblick in den politischen Alltag zu nehmen. Gleichsam betreiben auch europäische Einrichtungen in Berlin Informationsstellen. Hierzu zählen das Informationszentrum im Jean-Monnet-Haus ebenso wie die Informationsbüros der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Berlin.

7. Politische Bildung und Schulentwicklungsprozesse

Die Kommunikation in der Schule kann durch organisatorische Maßnahmen verbessert werden. Dies kann durch fachübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht, Teamarbeit, Teamteaching und Projektarbeit geschehen. Eine wichtige organisatorische Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Einrichtung von Projekträumen/Werkstätten für die fachliche und fachübergreifende Politische Bildung.

Konfliktmediation sollte in der Schule durch speziell geschulte Konfliktlotsen angeboten werden. Diese haben vor allem die Aufgabe, die Interessen von Minderheiten zu sichern. Konfliktlösungsrichtlinien sollten auch schriftlich fixierter Bestandteil der Schulordnung sein.

Zentrales Ziel aller in der Schule Verantwortung Tragenden muss sein, den Schülerinnen und Schülern eine positive Identifikation mit der Schule zu ermöglichen. Dies gelingt, wenn die Verantwortlichen sich für eine Schule engagieren, in der Ziele diskutiert, die Leistungen der Beteiligten anerkannt, soziale Integration gestärkt und bei Problemen Verständnis und Hilfe angeboten werden. Schüler/-innen können dann das Gefühl entwickeln: „Das ist unsere Schule“.

Zum Erwerb demokratischer Kompetenzen brauchen Schüler/-innen Handlungs- und Gestaltungsräume. Diese können in einer Abstimmung von inhaltlichen Schwerpunkten im Unterricht bestehen, in der Wahl von Arbeitsgruppen, Projekten sowie Betreuungspersonen, in der eigenverantwortlichen Übernahme von Aufgaben innerhalb und auch außerhalb der Schule. Hilfreiche organisatorische Maßnahmen können die Bereitstellung von Räumen z.B. für die Redaktion einer Schülerzeitung, für ein Schülercafé, für ein Schulradio und einen Filmclub sein.

Die Bedeutung und die Übernahme von Ehrenämtern durch Schülerinnen und Schüler in und außerhalb der Schule soll gefördert werden. Die Schule soll aktiv solche Möglichkeiten anbieten und fördern, z.B. durch Mitarbeit in Projekten und Arbeitsgemeinschaften sowie durch Einladung von Personen, die im sozialen Bereich, im Bereich von Umwelt, Menschenrechten, aber auch von Bürgerinitiativen tätig sind.

Schüler/-innen sind anzuregen, selbst gewählte soziale und politische Arbeit außerhalb des Unterrichts zu leisten (service learning). Beraten werden sie zunächst durch die Klassenlehrer/-innen. Ziel ist es, solche Tätigkeiten selbst organisiert zu leisten.

Zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur ist die dringend anstehende Ergänzung des Vormittagsunterrichts um ein breites Spektrum von Nachmittagsangeboten zentral. Diese Angebote sollten von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Jugendlichen auf freiwilliger Basis gemacht werden. Schüler/-innen können klassen- und jahrgangsübergreifend an diesem Angebot teilnehmen. Handlungs- und produktorientierte Arbeitsformen sollten die Regel sein.

